

Die Zukunft der Vergangenheit

Peter Carrier

Am 5. September 2008 lud das Niedersächsische Kultusministerium Vertreter aus Verbänden der Geschichtslehrer, der politischen Bildung und der Lehrerbildung sowie der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zu einer gemeinsamen Fachtagung ein: »Die Zukunft der Vergangenheit. Geschichts- und Politikunterricht vor neuen Herausforderungen« mit über hundert Lehrern aus Niedersachsen. Zur Debatte standen vor allem auch aktuelle Fragen an die historische und politische Didaktik.

Die Veranstaltung hatte pädagogische und politische Ziele: Die Lehrer wünschten praktische Vorschläge für ihren Unterricht und neue Ideen sowie theoretische Anregungen aus der wissenschaftlichen Forschung; auf politischer Ebene bot die Tagung den Vertretern der verschiedenen Einrichtungen Gelegenheit, Möglichkeiten zur Zusammenarbeit in der außerschulischen Bildung auszuloten.

Charakteristisch war das Plädoyer Rolf Wernstedts (Volksbund Niedersachsen) für eine differenzierte, erkenntnisgeleitete und reflektierte Verarbeitung der neueren Vergangenheit jenseits von Betroffenheit. Offensiv und wortgewandt argumentierte Wernstedt gegen die geläufige Selbststilisierung als Opfer: »Achtzehn Millionen Deutsche verfügten damals über eine Waffe [...] über drei Milli-

onen sowjetische Soldaten kamen in deutscher Gefangenschaft um; in der sowjetischen Gefangenschaft dagegen waren es nur eine Million deutsche Soldaten.«

Das Interesse für außerschulische Gedenkprojekte und Erinnerungsarbeit war stark. Entgegen der politisch bedingten Konkurrenz zwischen scharf getrennten Erinnerungsgemeinschaften untersuchten manche Redner interkulturelle Wechselwirkungen, die im Laufe historischer Gedenkveranstaltungen entstehen. Dabei fragte z.B. ein Teilnehmer, wie deutsche Jugendliche der dritten und vierten Generation der jüdischen Opfer gedenken und jüdische bzw. israelische Jugendliche der nichtjüdischen Opfer.

Eine Antwort auf diese Frage hatte Stefanie Lachmann, Lehrerin an der Leibnizschule in Hannover, die ein Schülerprojekt zur Erforschung von Opferbiographien und die Entwicklung neuer »Stolpersteine« in der hannoverschen Stadtlandschaft leitet – Stolpersteine, die den ehemaligen Wohnsitz deportierter Menschen mit einer Messingplatte im Bürgersteig markieren. Durch eigene Recherchen und Gruppenarbeit machen sich Schüler mit Leben und Tod von einzelnen Menschen vertraut. Dennoch ist diese Mischung schulischer und außerschulischer Erinnerungsarbeit nicht unumstritten. Andreas Kraft (Universität Konstanz) warnte vor einer Fetischisierung der Vergangenheit, ein Prozess der der bewussten Vergewöhnung des Vergangenen entgegenwirken könnte.

Im Unterschied zum Gedenken der Opfer des nationalsozialistischen Regimes unterstützt der Volksbund (neben der Pflege von Kriegsgräbern) friedenspädagogische Bildungsarbeit im Sinne zwischenstaatlicher Versöhnung. Ein weiteres Beispiel für pädagogisches Erinnern schilderte Niels Köhler von der Jugendbegegnungsstätte auf dem Golm in Mecklenburg-Vorpommern. Hier an der Grenze zu Polen treffen sich Jugendliche aus Deutschland und Polen. Welche Wirkung diese Begegnungen auf die jungen Besucher haben, konnte allerdings nicht geklärt werden. Einige Kilometer entfernt, in der polnischen Stadt Świnoujście (Swinemünde), erinnern Denkmäler nicht an den Krieg Deutschlands gegen Polen, sondern an den sowjetischen Angriff 1939 und die Umsiedlung aus dem Osten Polens im Jahre 1945. Der Grenzbereich spiegelt daher eine gesplante Erinnerung wider: einen »sinnvollen« Krieg mit Widerstand und Opferbereitschaft in Świnoujście und einen sinnlosen Krieg auf der gegenüberliegenden Gedenkstätte auf dem Golm.

Zu kurz kamen die Leitfragen »Wie sieht dauerhafte Erinnerung ohne Zeitzeugen aus?« und »Wie verhalten sich Kinder aus Familien »nichtdeutscher Herkunft« zur deutschen Geschichte?«. Hier muss man sich fragen, ob eine Fachtagung ohne Beteiligung von Migranten- und Opferverbänden mehr als Spekulation hervorrufen kann. Manche Lehrer behaupteten zudem, dass Erinnerungsprojekte dieser Art zwar effektiv seien, die Einführung des Zen-

tralabiturs mit der Halbierung der verfügbaren Unterrichtseinheiten für Zeitgeschichte solche prozesshaften Projekte jedoch praktisch unmöglich gemacht habe.

Während der Tagung machten sich manche Spannungen zwischen dem wissenschaftlichen Podium und den Lehrern im Publikum bemerkbar. Das letzte Wort hatten jedoch indirekt die Schüler: Es mag sein, meinte ein Lehrer, dass in Deutschland der öffentliche Diskurs zunehmend von einem passiven Selbstbild als Opfer des Nationalsozialismus geprägt sei, wie man auch der Forschung entnehmen könne. Den anderen als »Opfer« zu beschimpfen sei jedoch unter Jugendlichen einer der radikalsten Akte rhetorischer Selbstermächtigung. Da Schüler letztlich dem öffentlichen Diskurs voraus seien, könne »die Zukunft der Vergangenheit« deshalb nicht darin bestehen, selbsternannte Opfer zu sein. Um zukunftsfähig zu sein, so Rolf Wernstedt, habe für einen Lehrer die Fähigkeit Priorität, sich in die Lage eines Schülers zu versetzen und diese als Folie für eine kritische Pädagogik zu nutzen.